

## FES in Brasilien

# 30 Jahre Einsatz für soziale Gerechtigkeit

*Seit drei Jahrzehnten setzt die Friedrich-Ebert-Stiftung im größten Land Südamerikas aktiv. Eine Bilanz von Reiner Rademacher, dem jetzigen Vertreter der FES in Brasilien.*

TEXT: REINER RADEMACHER

In Reaktion auf den wachsenden internen und externen Druck leitete das brasilianische Militärregime 1976 die „langsame, sichere und graduelle“ Öffnung der Diktatur ein. Angesichts dieser Entwicklung entschloß sich die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die Arbeit in Brasilien aufzunehmen und eröffnete im Frühjahr 1977 in Rio de Janeiro das Forschungs- und Beratungsinstitut ILDES (Instituto Latino-Americano de Desenvolvimento Economico e Social). Der vom Militärregime konzedierte Spielraum war jedoch gering und die direkte Zusammenarbeit mit politischen Organisationen noch nicht möglich. Somit beschränkte sich das Partnerumfeld zunächst weitgehend auf wissenschaftliche Institutionen. Diese allerdings waren mit reformorientierten Kräften und der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung des „Novo Sindicalismo“ eng verbunden. Auf diese Weise gelang es, trotz der schwierigen Bedingungen mit reformorientierten Kräften des Mitte-Links-Spektrums zusammenzuarbeiten.

Anfang der 80er Jahre nahm der politische Kampf gegen die Diktatur den Charakter einer Massenbewegung an, die gegen den zähen Widerstand der Kräfte des status quo den Prozeß der Redemokratisierung des Landes vorantrieb. Die sich allmählich herausbildenden Parteien waren nun auch unmittelbar Partner bei zahlreichen Veranstaltungen, auf denen um die Ausrichtung von Strategie und Taktik sowie um die Definition von Programmatik und Programm gerungen wurde.

Der Schwerpunktverlagerung der Arbeit folgend, zog ILDES 1987 nach São Paulo um, richteten doch die Gewerkschaften sowie fast alle Parteien ihren Sitz in dieser Wirtschaftsmetropole ein. Das Büro in Rio de Janeiro



Festakt aus Anlaß des 30. "Geburtstags" der FES in Brasilien

blieb indessen bestehen und konzentrierte sich auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen – ab 1991 in Form des eigenständigen Projekts SERE (Serviços e Estudos de Realização Empresarial Social). Ende 2001 wurde diese Consulting dann an ein brasilianisches Team übergeben und das FES-Büro geschlossen.

Anfang der 90er Jahre, nach dem Abschluß der institutionellen Redemokratisierung, hatten sich die Hauptpartner der FES in Brasilien herauskristallisiert: Für die Gewerkschaftsarbeit ist dies die CUT (Central Única dos Trabalhadores), der mitgliederstärkste Gewerkschaftsdachverband Brasiliens, für die parteipolitische Arbeit ist es die PT (Partido dos Trabalhadores) – die Partei, die unmittelbar aus der Gewerkschaftsbewegung des „Novo Sindicalismo“ hervorgegangen ist. Die CUT ist zudem die bedeutendste Gewerkschaftszentrale Lateinamerikas und gilt daher z.B. dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als strategischer Partner bei der Durchsetzung gemeinsamer Interessen bei der Gestaltung der Globalisierung. Die PT wiederum ist auf dem Subkontinent das wichtigste Projekt der Organisation einer progressiven Partei jenseits überkommener Dogmen. Die nun über gut zwei Dekaden reichende, kontinuierliche Zusammenarbeit mit CUT und PT ist die Grundlage für ein besonderes Vertrauensverhältnis, das solidarische Kritik „auf gleicher Augenhöhe“ einschließt.

Zu diesen Hauptpartnern treten weitere Organisationen der Zivilgesellschaft hinzu, und zwar aus den Bereichen Genderpolitik, Anti-Rassismus, Jugendpolitik, Bürger- und Menschenrechte, Kommunalpolitik, Umweltschutz, Kommunikation, Bürgersicherheit und internationale Politik. Aber auch Regierungsinstitutionen – sei es auf der Ebene des Zentralstaates, auf der Ebene ausgesuchter Bundesstaaten oder auf der Ebene reformorientierter Gemeinden – sind Partner der FES bei gemeinsam definierten Aktivitäten. Schließlich ist noch die regionale Dimension des Engagements der FES zu erwähnen: Verschiedene Themen (wie z.B. MERCOSUR, Energiepolitik, innere Sicherheit) werden gemeinsam mit den anderen FES-Büros in Latein-amerika bearbeitet.

1998 hat die FES in Brasilien den Status einer nationalen Stiftung erlangt – auch dies sicherlich ein Ausdruck der mittlerweile erreichten Festigung der institutionellen Demokratie des Landes. Die Anpassung der formalen Gestalt an die Verhältnisse ist bisweilen geboten, die Veränderungen im Format und im Inhalt der Arbeit ergeben sich aus dem Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung, und auch die Partner ändern sich im Ablauf der Zeit – doch bleibt die Zielsetzung gleich: die effektive und effiziente Teilhabe der BürgerInnen an der Entscheidungsfindung zu ermöglichen und die Entwicklung einer Gesellschaft zu fördern, die politisch frei und sozial gerecht ist. ■